Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 9

Artikel: Um die deutsche Einheit
Autor: Beer, Rüdiger Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159565

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

UM DIE DEUTSCHE EINHEIT

VON RÜDIGER ROBERT BEER

I.

Daß ein *politischer Neuaufbau Deutschlands* sich nur föderalistisch vollziehen könne, daß die demokratische Selbstverwaltung, von den Gemeinden aus allmählich nach oben hin ausgebaut, die gegebene Schule politischer Erziehung für das deutsche Volk sei, das ist heute ein Axiom. Es ist so stark, daß auch die traditionell entschiedensten Verfechter zentralistischer und einheitsstaatlicher Tendenzen ihm ihren Tribut zollen. Aber Nuancen sind in diesem Bekenntnis kaum zu überhören.

Nicht erst der Nationalsozialismus hat in Deutschland zentralisiert. Vor ihm — und stärker als das Bismarck-Reich — hat die Weimarer Republik in diesem Sinne gewirkt, nachdem ein wichtiges Element der Eigenstaatlichkeit mit den Fürstenhäusern verschwunden war. In der über das ganze Reich hin in großen Verbänden organisierten Arbeiterschaft war schon längst ein über Stammes- und Ländergrenzen hinausdenkender (und oft hinauswandernder) Stand mit großem Einfluß neben die Intellektuellen getreten, deren Schollenverwurzelung (im Norden stärker als im Süden) gelockert war. Der nun wachsende politische Einfluß des Katholizismus wies im ganzen ebenfalls eher in einheitsstaatlicher Richtung; die unter dem Reichsfinanzminister Erzberger eingeführte Steuerreform ist ein berühmtes Beispiel dafür.

Gegenüber den zentralistischen Tendenzen waren es konservative, ja zum Teil recht eigentlich reaktionäre Kräfte, die insbesondere in Bayern und in Preußen, nicht zu vergessen die Welfen in Hannover, den *föderativen Gedanken* hoch hielten. Gerade sie beriefen sich auf jenen *Constantin Frantz,* den heute ganz andere Leute zu einer Art Internationalheiligen des Föderalismus machen. Sie würden es vielleicht mit größerer Vorsicht tun, wenn zum Beispiel weiteren Kreisen die scharf antisemitische Haltung des preußischen Legationsrates a. D. bewußt wäre. Frantz' Föderalismus war, um es mit einem kürzlich modernen Ausdruck zu sagen, durchaus «raumpolitisch» gedacht, Instrument zur Schaffung eines an Deutschland angelehnten mitteleuropäischen Reiches, zu dessen engerem Kreise nicht zuletzt die Schweiz gerechnet wurde. Diese Bemerkungen sagen nichts Entscheidendes gegen den föderativen Gedanken oder gegen die Verdienste Frantz' um seine Formulierung. Aber sie mögen mahnen, sich auch

in dieser Hinsicht die Dinge nicht zu einfach zu machen und weder die historische Betrachtung noch die politische Konsequenz unziemlich zu simplifizieren.

Der Gedanke, daß Deutschland sich intern föderativ organisieren müsse, weil es nur so attraktiv und vorbildlich auf eine ebenfalls föderativ aufzubauende europäische Umwelt wirken könne, spielt heute keine Rolle. Die Frage stellt sich insofern nur unter innerdeutschen Gesichtspunkten. Aber zu diesen gehört heute auch die Politik von vier Besatzungsmächten und die Stellungnahme zu ihnen — ein erhebliches Stück latenter Außenpolitik von zwei Seiten also. Man wird unterstellen dürfen, daß unter den nach außen nicht in Erscheinung tretenden Kräften, insbesondere unter der enttäuschten und von neuen Zielen noch nicht ergriffenen Jungmannschaft, das Streben nach staatlicher Einheit genau wie nach dem vorigen Kriege eine starke sentimentale Bedeutung ohne allzu große gedankliche Belastung hat. Die heute sichtbaren und in dem ihnen zugemessenen Rahmen tätigen politischen Kräfte, Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen, treten durchweg für einen Abbau des früheren Zentralismus ein, wenn auch mit deutlichen Unterschieden im Maß der gewünschten und für möglich erachteten Föderalisierung und Selbstverwaltung. Grundsätzliche, praktische, taktische Momente wirken dabei nebeneinander. Doch wird man nie außer Betracht lassen dürfen, daß es sich hier nur um vorläufige Bildungen handelt, die noch einen Gärungsprozeß vor sich haben dürften.

II.

Es ist sicherlich zum mindesten teilweise taktisch zu erklären, wenn die *Kommunisten* sich heute als die großen Vorkämpfer der nationalen Einheit in Deutschland geben. Sie haben schon früher Wahlkämpfe mit schwarz-weiß-roten Plakaten geführt, und während des Ruhr-Kampfes hat Radek seine berühmte Rede zu Ehren Schlageters gehalten, den die Franzosen als Saboteur erschossen hatten. Wie damals mögen sie nicht ohne Aussicht auf Erfolg einer verarmten und verzweifelten Jugend die Verbindung nationalen Freiheitsstrebens mit dem Kampfe gegen die kapitalistischen Ausbeuter im Westen predigen. Das Streben der Kommunisten, von der russischen Zone aus, wo sie einen kräftigen Rückhalt an der Besatzungsmacht haben, den Zugriff auf das ganze Reich zu gewinnen, ist letzten Endes doch wohl von dem Willen nicht nur zum Einheitsstaate, sondern zur Einheitspartei getragen. Gelänge es ihnen, dieses Ziel zu erreichen — und das würde offenbar noch klarer als im Falle des Nationalsozialismus gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes ge-

schehen —, so hätten sie, wie das Beispiel des sowjetischen Föderativ-Staates zeigt, durchaus die Möglichkeit, gewisse Formen einer föderativen Gliederung zu bewilligen. Freilich würden diese angesichts der alles überlagernden Parteimacht genau so fiktiv sein wie gewisse Ansätze des Nationalsozialismus, in den Gauen scheinbar regionale Sonderbildungen zu begünstigen und gewissermaßen örtliche Sonderaufträge zu erteilen (München als «Stadt der deutschen Kunst», Frankfurt als «Stadt des deutschen Handwerks», Stuttgart als «Stadt der Auslandsdeutschen», Innsbruck als «Stadt der Bergsteiger» usw.).

Doch sind es nicht nur die Kommunisten, die von Berlin aus mit besonderer Betonung für die Einheit des Reiches eintreten. Es scheint vielmehr, daß bei jeder der bisher tätigen Parteien eine Richtung dieser Art gerade in der sowjetischen Zone wirksam ist. Man wird sich das nicht in erster Linie durch Rücksicht auf die einstige Reichshauptstadt zu erklären haben, noch weniger durch Streben nach einer neuen preußischen Hegemonie. Diese Tendenz erscheint bei den nichtkommunistischen Gruppen in gewissem Sinne als ein Anklammern an den Westen, fast eine Hilfsbedürftigkeit gegenüber der fremden und drohenden Welt, der man sich gegenübergestellt sieht. In den beiden größten Parteien wirken zudem die erwähnten Traditionen der Arbeiterbewegung, die ein Interesse an überlokalem Wirtschaftsaustausch und beruflicher Freizügigkeit hat; die wichtigsten Parteiführer dieser Herkunft, *Schumacher* und *Kaiser,* verleugnen nicht eine unitaristische Grundstimmung. Die Liberal-Demokratische Partei vertritt auf der Linie der ehemaligen Demokratischen Partei wohl am deutlichsten die Überlieferungen der Weimarer Republik und damit auch den Gedanken einer staatlichen Einheit Deutschlands; ihr Vorschlag der Bildung von vier Zonenstaaten war deutlich ein Verlegenheitsprodukt. Den echtesten Boden mögen somit — abgesehen von regional begrenzten Gruppen — föderative Gedanken bei einzelnen Landesgruppen der Christlich-Demokratischen (oder Christlich-Sozialen) Union zu haben, da hier im politischen und im religiösen Sinne konservative Kräfte gewissermaßen auf die vorweimarische und sogar vor-bismarckische Zeit zurückgreifen. Freilich ist dieses Zurückgreifen verbunden mit betont *sozialen Gedankengängen,* die wesentlich kräftiger klingen als die einstige christlich-soziale Formel, auch wo man den Begriff Sozialismus ablehnt. Insofern wäre die — mit allem Vorbehalt gesagt — am weitesten «rechts» stehende unter den heutigen deutschen Parteien mit der britischen Labour Party zu vergleichen; dem entspricht auch der starke Einfluß gewerkschaftlicher Kreise.

Neben den großen Parteien scheinen regionale Gruppen mit ausgesprochen *partikularistischer Tendenz* keine bedeutende Rolle zu spielen. Zum Teil mögen sie es schwer haben, gegen den Verdacht

des *Separatismus* anzukämpfen. In *Bayern* könnten sie eine verstärkte Stoßkraft durch die Verbindung mit dem Königsgedanken haben; eben darin liegt aber auch die Möglichkeit desto stärkeren Widerstandes anderer, deutscher wie alliierter, Kräfte begründet. Die besondere Rolle der hier dominierenden Christlich-Sozialen ist noch nicht durchsichtig, da die sachlichen und persönlichen Widersprüche innerhalb der Partei noch nicht ausgegoren sind. In *Hannover* sind die regionalistischen Kreise traditionell stark, und mit der Bildung des *Landes Niedersachsen* haben sie eine wichtige Chance der Bewährung erhalten.

Die bisher gebildeten Landesregierungen haben sich mehrfach für ein einheitliches Reich mit föderalistischer Gliederung ausgesprochen. In *Württemberg-Baden,* wo das Bekenntnis zu einer demokratischen Selbstverwaltung historisch und tatsächlich besonders gegründet und überzeugend klingt, hat anderseits das Eintreten für die Reichseinheit die warme Klangfarbe des Stammes, der einst die Sturmfahne des Reiches führte und später Träger besonderer deutscher Gemüts- und Geisteswerte gewesen ist. In *Hessen* wird mit Entschiedenheit auf die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Einheit, deren auch das rhein-mainische Industriegebiet bedarf, hingewiesen; daneben fehlt nicht die ideologische Tradition der Paulskirche. In *Bayern* begegneten sich die eigenstaatlichen Überlieferungen mit den Eindrücken des ersten Ministerpräsidenten Högner in seiner Schweizer Emigrationszeit.

III.

Unklar wie Gedanken und Gefühle sind *die realen Voraussetzungen* einer neuen deutschen Staatsgliederung; und das geistig-seelische Chaos gehört selbst zu diesen realen Voraussetzungen. Die Nützlichkeit örtlicher Selbstverwaltung und regionaler Gliederung für die politische Erziehung eines Volkes, das der eigenverantwortlichen Führung entwöhnt ist, liegt auf der Hand. Die Gefahr anderseits, die darin liegt, wenn die bescheidenen Anfänge einer Selbstführung nur fiktiv sind und die ernannten oder gewählten Körperschaften gewissermaßen mit der Einflußlosigkeit von «Jugendparlamenten», nur zu pädagogischen Zwecken, diskutieren, während die wirklichen Entscheidungen andernorts fallen, diese Gefahr ist ebenfalls nicht zu verkennen. Wie leicht überdies der Föderalismus gerade in einem Augenblick nationaler Schwäche Mißtrauen erwecken kann, wurde gesagt. Auch soll nicht übersehen werden, daß das deutsche Volk eine Erziehung zum Denken in «großen Räumen» erfahren hat, die sich noch auswirken mag, und vielleicht nicht unbedingt negativ. In einem Augenblick, in dem die Vereinigten Staaten, ehedem das be-

liebte Beispiel föderativer Gliederung etwa für Verfassungstheoretiker des Britischen Empire, deutlich eine zentralistische Entwicklung durchmachen, könnte eine Föderalisierung Deutschlands manchem als rückschrittlich erscheinen.

Auch der Deutsche hat ein Bedürfnis, zwischen seinem Verhalten und seinen Überzeugungen eine Kongruenz herzustellen; das hat sich der Nationalsozialismus zu Nutze gemacht, und die Bemühungen der in sein System Hineingezwungenen, nun auch ein innerlich loyales Verhältnis zu ihm zu gewinnen, hatten manchmal für den Zuschauer etwas Tragisches. Ebenso hat nun aber auch der Deutsche die *Propaganda für «Europa»* ernster genommen, als sie von ihren Urhebern gemeint war. Im vorigen Kriege haben die deutschen Soldaten häufig zum ersten Male eine Vorstellung von dem über staatliche Grenzen hinausreichenden deutschen Volkstum gewonnen. Im zweiten Weltkrieg, nicht zuletzt in der jahrelangen Besetzung Frankreichs, mag vielen *die europäische Gemeinsamkeit* eine erlebte Wirklichkeit geworden sein. Es könnte sich ereignen, daß diese heute — nicht ohne Grund — so tief erniedrigte Nation eines Tages als aufrichtiger Träger einer europäischen Gesinnung dastände, wenn sie sich erst aus der Betäubung der Niederlage und der Scham über das, was in ihrem Namen geschehen ist, zu einem neuen Bewußtsein ihrer selbst erhebt. Dann könnte es zu einer *Synthese zwischen dem «Großraum-Denken» und dem föderativen Gedanken* kommen.

Die realste Basis eines deutschen Föderalismus liegt heute in der Zonentrennung und der verschiedenen Haltung der Besatzungsmächte zur deutschen Frage — nur zu leicht und nicht unbegreiflicher Weise kann darin allein für manchen eine Verurteilung liegen; doch wäre immerhin an die rasche Einwurzelung der Staatenbildungen Napoleons auf deutschem Boden zu erinnern. Die überlieferten Voraussetzungen der innerdeutschen Gliederung sind großenteils vernichtet. In der *Jugend,* soweit sie sich überhaupt äußert, scheint das Erlebnis der Gemeinsamkeit und damit das unitarische Gefühl eher vorzuwiegen. Die einstigen Stämme sind durch die während des Krieges hin- und hergeschobenen Bombenflüchtlinge, zu denen dann die neue Flut aus dem Osten kam, verwischt; die politischen Konsequenzen werden mit der zunehmenden Einwurzelung der «Neubürger» immer deutlicher werden. Selbst in den überbelegten Dörfern, die noch am ehesten standfest sein sollten, ist doch die Substanz des örtlichen Bestandes gelockert oder gefährdet. Schon früher widerstrebte die Größe zahlreicher deutscher Städte einer Selbstverwaltung in dem ursprünglichsten Sinne, daß so wenig wie möglich von einer bezahlten Bureaukratie Gebrauch gemacht werde. Der Wiederaufbau der Städte gar wird sich nur mit Plan und Lenkung angreifen lassen — keineswegs allein mit örtlicher Lenkung. Der von den Alliierten oktroyierte Wirt-

schaftsplan muß der örtlichen und regionalen Initiative weitere Fesseln anlegen.

Gerade hier zeigt sich auch, daß das Problem von Einheit oder Föderation, so wichtig es ist, nicht überschätzt werden darf. Es wird von unmittelbarer drängenden Fragen überschattet. Die Notwendigkeiten des primitiven Lebens sind drängender, und es erscheint auf weitere Sicht, ganz abgesehen auch von der heutigen Hungersnot, für ungezählte Deutsche keineswegs gesichert. Für die Massen bleibt *die große Frage das Problem der sozialen Sicherheit,* der Möglichkeit, zu arbeiten und zu verdienen, der Gewißheit, daß man auch im Alter werde leben können. Die Existenzangst wird gerade in der Not, unter der Deutschland auf absehbare Zeit wird leben müssen, das bestimmende Gefühl der Massen bleiben, und es mag sich zeigen, daß die Probleme staatlicher Gliederung daneben als zweitrangig, wenn nicht gar gleichgültig empfunden werden.

Die geistige Auseinandersetzung, soweit eine solche auf diesem Gebiet spürbar ist, scheint sich weniger zwischen Staat und Reich (das es ja auch nicht gibt) als zwischen Gemeinden und Staat abzuspielen. Die Gemeinden und Gemeindeverbände fordern den Abbau der Zentralisierung, die sich in Jahrzehnten vollzogen hat, die grundsätzliche Wiederherstellung der Einheit der örtlichen Verwaltung und wenigstens zum Teil die Aufhebung staatlicher Sonderbehörden (Arbeitsämter u. a.), die auf Kosten der Ortsverwaltung gebildet worden sind. Man verlangt, auf eine Formel gebracht, daß die Regierung sich wieder stärker auf das Regieren beschränke und den Gemeinden das Verwalten überlasse. Praktisch kann das natürlich nur in gewissen Grenzen verwirklicht werden, aber in der Tat mag hier eine konkretere Möglichkeit zur Auflockerung zentralistischer Staatsallmacht liegen als in der Kompetenzverlagerung von 15 Reichsministern auf 150 Länderminister.

Es könnte sich freilich überdies als notwendig erweisen, die *Aufgabe der Selbstverwaltung* in einem neuen Sinne zu fassen, indem man den Wert nicht mehr allein auf eine territoriale, sondern ergänzend auf eine fachliche Gliederung legte. Vielleicht ist es hier sogar eher möglich, die Funktionen und Vorteile der Selbstverwaltung in jenem engeren Sinne real zu machen. Gewisse Gebiete der Wirtschaft können durch ein ländliches und städtisches *Genossenschaftswesen* übernommen werden, das in Deutschland eine bedeutende Tradition hat und unzweifelhaft ausbaufähig ist; die genossenschaftliche Tätigkeit etwa der Gewerkschaften im Wohnungsbau hat es bewiesen. Auch sonst hat es wichtige Ansätze für die Übernahme konkreter sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben durch die Verbände der Arbeitnehmerschaft über die Interessenvertretung ihrer Mitglieder im engeren Sinne hinaus gegeben. Auch hier sollte eine Erweiterung

möglich sein, nicht zuletzt im Versicherungswesen. Kulturpolitische Aufgaben geben privater und organisierter Initiative Raum, ja nur auf einem aktiven kulturellen *Leben* kann sich schließlich eine gesunde Kultur*politik* aufbauen. Wenn der letzteren *das Schulwesen* im wesentlichen wird überlassen bleiben müssen, so bietet die Erwachsenenbildung, die in den angelsächsischen Ländern, in Dänemark und nicht zuletzt bis 1933 in Deutschland Bedeutendes geleistet hat, Raum für individuellere Formen. Auch *die Kirchen* sollten große Selbstverwaltungskörper sein, zum mindesten die evangelische Kirche. Freilich scheint der Einfluß der Kirchen im Volk bisher unter dem Eindruck der Katastrophe nicht so nachhaltig geworden zu sein, wie man sich das versprochen hatte.

IV.

Was hier an Hinweisen auf mögliche Formen der Selbstverwaltung gegeben wurde, liegt außerhalb der staatlichen Sphäre. *Aber wird es für Deutschland in absehbarer Zeit überhaupt echte Staatlichkeit geben?* Zu einer solchen gehört *Souveränität,* und Deutschland hat vorerst keine Aussicht, sie zu erhalten. Ob man sie unter einer Besatzung wie in einem gewissermaßen voraussetzungslosen Kolonialland auch auf europäischem Boden allmählich entwickeln kann, gar unter dem Einfluß verschiedener, weit auseinanderstrebender auswärtiger Staatssysteme, das bleibt abzuwarten. Daß heute in Deutschland die Kraft zu eigener Staatlichkeit nicht vorhanden wäre, muß freilich angenommen werden. Die Länderregierungen leuchten, auch wo sie schon auf Wahlen beruhen, nicht mit eigenem Licht. Auch Menschen aus «nationalen», auch und gerade altnationalen Kreisen besorgen, daß bei einem — hypothetisch unterstellten — plötzlichen Abzug der Besatzungstruppen nur ein *wütender Kampf aller gegen alle* beginnen würde.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch diese vielfältigen Voraussetzungen auch das Problem von Einheit und Föderalismus schließlich auf eine andere Ebene geschoben wird. Wenn eine verkehrs- und wirtschaftspolitische Einheit aus praktischen Gründen immer dringender erforderlich wird, eine im eigentlichen Sinne politische Einheit scheint in weiter Ferne zu liegen. Dazu müßte eine politisch handlungsfähige Regierung aus Deutschen bestehen. Nicht nur scheinen die Alliierten in ihrer Gesamtheit kaum gewillt, eine solche zuzulassen, es würde auch schwer fallen, für eine echte politische Verantwortung im Großen wirklich repräsentative Gestalten — und für diese wiederum einen dauernden Rückhalt im Volk — zu finden. Eine solche Führung müßte die Zustimmung zu dem geben, was heute in Deutschland und mit Deutschland geschieht, zur Oder-Neisse-Linie

und zu den Demontagen. Gerade nach den Erfahrungen, die man mit dem Versailler Vertrag gemacht hat, wird das niemand leicht tun, auch ein Staatsmann, der sehr bereit wäre, die Vergangenheit hinter sich zu werfen.

Auf zunächst absehbare Zeit wird *Deutschland* ein *unstaatliches,* im Grunde *kolonial verwaltetes Gebiet* sein. Deutsche Einheit wird inzwischen entscheidend in der Einheit des Volksgefühls liegen, deutsche Mannigfaltigkeit in der kulturellen Äußerung der deutschen Stämme, soweit sie sich wieder finden können, in der Dichtung, im neuen Stil der Städte vielleicht. Es ist möglich, daß man das Entbehrte um so dringender erstreben wird. Der Trost, den Wissenschaft und Kunst gewähren, so sagte selbst Goethe im Jahre 1811 zu Luden, «ist doch nur ein leidiger Trost und ersetzt das stolze Gefühl nicht, einem großen, starken, geachteten und gefürchteten Volke anzugehören». So könnte es wohl sein, daß das deutsche Volk leidenschaftlich, wie das geteilte polnische durch anderthalb Jahrhunderte, nach der Wiederherstellung seines Staates strebte. Aber es muß nicht so kommen, selbst wenn das deutsche Volk sich nicht auf eine genügsame biedermeierliche Kultur zurückzöge, sondern eines Tages wieder politischen Ehrgeiz entfaltete. Vielleicht wird es die ihm aufgezwungene Situation sublimieren und aktiv bejahen, was ihm zum Schicksal geworden ist. Vielleicht wird es eines Tages fragen, *ob es überhaupt noch sinnvoll sei, einen deutschen Staat im alten Sinne zu erstreben.* Es gibt Kräfte, die diese Frage schon heute verneinen, wenn man auch ihre Bedeutung und ihre Zukunftsmöglichkeiten nicht abschätzen kann.

Eine solche Fragestellung könnte dazu führen, das staatliche Denken und die staatliche Politik gewissermaßen mit einem kühnen Griff — vielleicht mit einem überkühnen, einem lebensgefährlichen Griff? — *auf die europäische Ebene* zu heben. Wäre dies etwa der neue Ansatzpunkt, den die deutsche Jugend zweifellos braucht und den eine Aufwärmung wilhelminischer oder weimarischer Programme ihr nicht geben kann? Sicherlich könnte eine solche Politik nicht zur deutschen und europäischen Genesung beitragen, wenn sie von Resignation bestimmt wäre. Erst wenn das deutsche Volk neues Selbstvertrauen gewinnt, wenn es spürt, daß es auch außen wieder Vertrauen findet, würde es einen so ganz neuen Weg kräftig beschreiten können. Nicht in der Erniedrigung der eigenen Geschichte würde deshalb auch der Ausgangspunkt dafür liegen können, so wenig wie der Schweizer geneigt ist, die machtpolitischen Abschnitte seiner eigenen Landesgeschichte vor Marignano und dem Umschlag zur Neutralitätspolitik bedingungslos zu verketzern. Die *deutsche Selbstabrechnung* hat noch kaum begonnen, und auch sie darf man sich nicht in allzu einfachen Formeln vorstellen. Führt sie zu einer Re-

lativierung des deutschen Souveränitätsanspruches, so wäre das vielleicht auch eine im nationalen Sinne aussichtsreiche Politik, die darauf vertrauen würde, daß eines Tages eine abendländische Gemeinschaft, nicht allein Deutschland, die östliche Backsteingotik als ihren Besitz reklamieren, daß *eine europäische Vereinigung* den Wahnsinn des Brachliegens auch nur einer ihrer Produktionsstätten beenden könnte. Vielleicht würde ein solcher Verzicht, denn er wäre es, im Grunde nur im Zeitpunkt und im Grade *Souveränitätsbeschränkungen* vorwegnehmen, die unsere Zeit und ihre Technik auch den Siegern nicht ersparen mag. Trotzdem wäre die Größe und damit auch die Gefahr eines solchen Schrittes gewiß nicht gering. Sein Erfolg würde die Schaffung eines wirklich föderierten Europa bedingen, in dem die Volkstümer ihre kulturellen Äußerungen und ihre Lebenskraft in vollem Umfange und ohne machtpolitische Sicherung respektiert sähen. Er würde also den Durchbruch einer Gesinnung verlangen, die wohl nicht nur in Deutschland heute noch fehlt.